

Petra Kammerevert, Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Rede auf dem UB-Parteitag der SPD-Remscheid am 28. Februar 2009

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

herzlichen Dank, dass Ihr mir heute morgen die Gelegenheit gebt, mich Euch ein wenig vorzustellen. Es ist schön, dass wir so die Gelegenheit haben uns wechselseitig ein wenig besser kennen zu lernen – schließlich sollt ihr wissen, für wen und mit wem ihr Wahlkampf macht und für mich ist es gut, hier heute mitzubekommen, welche Themen Euch Remscheid bewegen.

Zuerst kurz ein paar Infos zu meiner Person:

In bin 42 Jahre alt, verheiratet und habe einen 21jährigen Stiefsohn. Ich habe an der Uni Duisburg Soziologie und Politikwissenschaften studiert und dort den Abschluss als Diplom Sozialwissenschaftlerin gemacht. Schon während des Studiums habe im Büro von Klaus Hänsch gearbeitet. Nach dem Studium war ich 10 Jahre lang wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Karin Junker, ich war 1 ½ Jahre in Brüssel und habe anschließend die Leitung des Düsseldorfer Büros übernommen. Seit fast 7 Jahren bin ich nun Referentin in der Programmdirektion des Ersten Deutschen Fernsehens und leite dort die Geschäftsstelle des ARD-Programmbeirates. Seit 1984 bin ich Mitglied SPD. Ich war sehr aktiv bei den Jusos, bin seit vielen Jahren Mitglied im UB-Vorstand der SPD-Düsseldorf und im Regionalvorstand der SPD-Niederrhein. Seit 1999 bin ich Mitglied im Rat der Stadt Düsseldorf und seit 2004 auch Mitglied im Fraktionsvorstand.

Meine langjährigen Erfahrungen sowohl in der Europapolitik wie auch in der Kommunalpolitik möchte ich gern zukünftig als Abgeordnete in das Europäische Parlament einbringen. Und ich freue mich sehr, dass ich mit einem guten Listenplatz (14) hierfür eine gute Ausgangsposition habe.

Trotz aller noch vorhandenen Unzulänglichkeiten halte ich die Europäische Union nach wie vor für ein einzigartiges und großartiges Projekt, an dessen weiterer Gestaltung ich gern mitwirken würde.

Die Europawahl am 7. Juni 2009 ist eine Richtungsentscheidung für Europa!

Die SPD will sie zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft machen. Konservative und Liberale setzen auf ein Europa des Marktes. Wettbewerb, Liberalisierung und Deregulierung sind die Schlagworte. Sie sollen Vorrang vor politischer Gestaltung und sozialer Gerechtigkeit haben. Die neokonservative und neoliberale Philosophie, alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu wollen, ist gescheitert. Die viel beschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes haben nachweislich versagt. Das hat spätestens die Finanzkrise gezeigt. Ein starkes und soziales Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung.

Die Linkspopulisten in Deutschland und Europa verharren in überholten nationalen Denkmustern und populistischer antieuropäischer Rhetorik. Es wäre fatal, schädlich und in hohem Maße dumm, auf die Globalisierung der Märkte mit einer Nationalisierung der Politik antworten zu wollen. Der Preis wäre die Aufgabe eines gestaltenden Anspruchs von Politik. Beide Ansätze, sowohl die Ideologie des „Privat vor Staat“ wie auch der Versuch einer Renationalisierung der Politik gehen in die Irre. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ging es schon immer darum, Politik zu gestalten, mit dem Ziel, das Leben der Menschen besser zu machen – Insofern war Europa für uns immer ein linkes Projekt.

Fairer wirtschaftlicher Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit müssen in Europa gleichen Rang bekommen.

Vor allem deshalb braucht die Europäische Union eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, weil nur sie die Gewähr dafür bietet, dass aus der Wirtschaftsunion endlich eine Sozialunion wird. Nur eine starke sozialdemokratische Fraktion im EP das bildet das

notwendige Gegengewicht gegen die Mehrheit der konservativ und marktliberal orientieren Regierungen der Mitgliedstaaten und gegen eine EU-Kommission, die zumindest in wirtschaftspolitischer Hinsicht am liebsten alles dem freien Spiel der freien Kräfte überlassen würde.

Ja - Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer politischen Union weiterentwickelt, die es weiter zu vertiefen gilt. Der Vertrag von Lissabon wäre ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht nachlassen, sich für das Inkrafttreten dieses Vertrages einzusetzen.

Richtig ist auch – dass die europäische Union bereits heute eine soziale Dimension hat. Die EU hat wichtige Standards gesetzt in den Bereichen der Gleichstellung, der Antidiskriminierung, im Arbeitsrecht, beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist dabei nur ein Beispiel für sozialdemokratische Sozialpolitik. Es ist der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament zu verdanken, dass die Dienstleistungsrichtlinie vom „Kopf auf die Füße gestellt“ wurde und nunmehr heimische Dienstleistungsanbieter/innen und Arbeitnehmer/innen vor einem ruinösen Wettbewerb aus Niedriglohnländern schützt. Wegweisendes wurde auch beim Umwelt- und Verbraucherschutz erreicht. Darauf lässt sich aufbauen. Dennoch sind wir noch ein Stück weit entfernt von dem sozialen Europa, das Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten anstreben. Noch hat die wirtschaftliche Integration Vorrang vor der sozialen. Das wollen wir ändern: im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen.

Im Mittelpunkt Eures heutigen Parteitages steht die Kommunalpolitik. Lasst mich deshalb ein paar Sätze zur Bedeutung verlieren, die Europa auch für die Kommunen hat:

Europa hat vielfältigen Einfluss auf das kommunale Handeln und das nicht immer nur im Guten.

Eine Diskussion, die uns auch in NRW in den letzten Monaten in Atem gehalten hat, ist die Frage der Zukunft der Sparkassen. Das ist zum Teil ein Problem, das uns von der Privatisierungswut unserer Landesregierung aufgedrückt wird, das aber dennoch auch etwas mit der Politik der EU zu tun.

Ich vermag nicht einzusehen, worin das Hindernis für die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes besteht, dass es in Deutschland Sparkassen gibt. Gerade in der Finanz- und Bankenkrise sind es die Sparkassen, denen die Kunden in Scharen zugelaufen sind, weil sie zu ihnen mehr Vertrauen haben als zu den Privatbanken. Das deutsche System der Sparkassen und Genossenschaftsbanken hat sich bewährt und es muss erhalten werden:

- Es gewährt allen Bevölkerungskreisen Zugang zu einem Bankkonto.**
- Es versorgt kleine und mittlere Unternehmen mit Kleinkrediten.**
- Es ist in der Fläche präsent, aus der private Banken sich wegen mangelnder Gewinnaussichten zurückziehen oder in die sie gar nicht erst hingehen.**
- Es sichert auch den Wettbewerb im Bankensektor.**

Die Gewährträgerhaftung ist bereits von der EU aufgehoben worden. Gegen weitere Angriffe aus Brüssel oder Düsseldorf müssen wir sie verteidigen.

Grundsätzlich gilt: die Kommunen haben eine unverzichtbare Rolle bei der Ausgestaltung eines demokratischen und sozialen Europas, das auf den Grundsätzen von Solidarität, Bürgernähe und Subsidiarität aufbaut. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht muss geschützt und gestärkt werden. Gerade für die Kommunen wäre daher das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages ein wichtiger Schritt in die Richtige Richtung. Er erkennt das Selbstverwaltungsrecht erstmals vertraglich an und sichert es damit ab. Er stärkt damit auch das Subsidiaritätsprinzip. Was nur die Menschen vor Ort, in den Kommunen betrifft, gehört in deren Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf nicht durch europäische Regeln ausgehebelt werden. Der Vertrag von Lissabon sieht auch vor, dass in allen europäischen Rechtsetzungen die verwaltungstechnischen und finanziellen

Auswirkungen auf die Kommunen berücksichtigt werden müssen. Auch das wäre eine Stärkung der kommunalen Belange.

Eine wesentliche Grundbedingung für die Verwirklichung eines sozialen Europas ist die Sicherung und Verbesserung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – auch bekannt als öffentliche Daseinsvorsorge. Die Kommunen sind die wesentlichen Träger einer solchen Daseinsvorsorge. Auch hier mussten in den vergangenen Jahren immer wieder Angriffe von europäischer Seite abgewehrt werden, zum Beispiel im Bereich des ÖPNV. Inzwischen ist über eine entsprechende Richtlinie klargestellt, dass die Kommunen allein darüber entscheiden können, ob sie ÖPNV-Dienste selbst erbringen oder sie für den Wettbewerb öffnen wollen. Auch eine Direktvergabe an kleine und mittlere Unternehmen ist möglich. Es steht ihnen außerdem frei, zu entscheiden, wie und welche sozialen Bedingungen und welche Qualitätskriterien sie anlegen, z.B. Arbeitsbedingungen, Fahrgastrechte, Bedürfnisse von Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Umweltschutz, Vorgabe von Taktzeiten, die einzuhalten sind etc.

Auch die Dienstleistungsrichtlinie stellt klar, dass soziale Kriterien bei der Vergabe von Dienstleistungen vorgegeben werden dürfen. Sowohl bei der Richtlinie für den ÖPNV wie bei der Dienstleistungsrichtlinie waren es die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die die wichtigen Änderungen im Sinne der Kommunen und vor allem der Menschen durchgesetzt haben. Das heißt, in einigen Bereichen sind wir im Moment auf der sicheren Seite, aber wer Europa ein wenig kennt, ahnt, der nächste Angriff kommt bestimmt, vor allem dann wenn Konservative und Liberale in Europa weiter mehrheitlich das Sagen haben.

Der Vertrag von Lissabon würde neue Möglichkeiten eröffnen, endlich eine gesetzliche Grundlage zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen, für die sich die Sozialdemokraten im EP schon seit langen einsetzen.

Sozialdemokratische Zielsetzung bleibt es, den Menschen flächendeckend effiziente, kostengünstige und allgemein zugängliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Kommunen brauchen dringend dauerhafte Rechtssicherheit und die Klarheit, dass es bei aller Marktliberalisierung Bereiche gibt, die nicht dem freien Spiel der freien Kräfte überlassen werden dürfen. Sie würden durch Wettbewerb nicht besser, sondern durch die ausschließliche Ausrichtung auf Gewinnmaximierung pervertiert.

Die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, muss den Mitgliedsstaaten und vor allem den Kommunen überlassen bleiben. Hierbei ist dann auch endlich zu klären, in welchen Bereichen des kommunalen Handelns das europäische Beihilfe- und Vergaberecht Anwendung finden muss und in welchen nicht. Es macht doch beispielsweise keinen Sinn, interkommunale Zusammenarbeit zu erschweren oder gar zu verhindern, weil auch hier das Vergaberecht und damit die Pflicht zur Ausschreibung Anwendung finden muss.

Das Vergaberecht stellt insgesamt ein Problem dar, dass den Kommunen das Leben schwer macht. Kommunen betreiben zu Recht Wirtschaftsansiedlungs- und Strukturpolitik. Diese wird ihnen durch das europäische Vergaberecht, bzw. teilweise auch durch die Auslegung deutscher Gerichte zumindest erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Z.B. wenn sie gezwungen sind, Grundstücke ab einem gewissen Wert europaweit zum Verkauf auszuschreiben. Das macht eine gezielte Ansiedlungspolitik fast unmöglich.

Dies waren nur einige wenige Schlaglichter, die hoffentlich deutlich gemacht haben, welche engen Verknüpfungen es zwischen Europa- und Kommunalpolitik gibt.

Daher meine herzliche Bitte an Euch alle, betrachtet die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht als ein notwendiges Übel, für das man so nebenbei auch noch ein wenig Wahlkampf machen muss. Ich weiß, dass das

Euch kommunalpolitische Hemd näher ist als die europäische Jacke und Brüssel vermeintlich weit weg. Als jemand, der lange selbst Kommunalpolitik gemacht hat und noch macht, kann ich das sogar nachvollziehen, aber bedenkt bitte immer: Wenn Europa mehrheitlich konservativ bleibt, sind es auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort, die die Suppe auslöffeln müssen, die dann in Europa gekocht wird.

Wir alle können mit dafür sorgen, dass 2009 die Weichen für ein soziales Europa neu gestellt werden:

Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt, hier wird es darauf ankommen mit einer starken Sozialdemokratischen Fraktion in das neue Parlament einzuziehen. Die deutsche Sozialdemokratie muss hierfür ihren Beitrag leisten.

Am 27. September 2009 sind Bundestagswahlen. Hier entscheidet sich, ob Deutschland als eines der stärksten Länder im EU-Ministerrat zukünftig mit seiner Stimme einer gegenüber sozialen Belangen blinden Politik der Liberalisierung und Deregulierung zum Erfolg verhilft, oder aber mit Hilfe einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung das Projekt des sozialen Europas weiter vorantreiben wird.

Im Herbst 2009 wird eine neue EU-Kommission gewählt, hier hat das neu gewählte Europäische Parlament ein entscheidendes Wort mitzureden – es wählt nicht nur den Kommissionspräsidenten, sondern die Kommission insgesamt ist von der Zustimmung durch das Parlament abhängig. Es ist also auch eine Frage der Mehrheiten im EP, ob die Gesetzesinitiativen der Kommission in der nächsten Periode weiterhin neoliberale Schlagseite haben werden oder aber die soziale Dimension und damit die Menschen im Mittelpunkt des Handelns stehen werden.

Lasst uns daher gemeinsam alle Kräfte bündeln, den Menschen deutlich zu machen, dass nur die Sozialdemokratie die richtigen Antworten für eine gute

Zukunft in unseren Städten und Gemeinden, im Land, im Bund und in Europa hat.

Ich freue mich auf einen starken gemeinsamen Wahlkampf und eine gute Zusammenarbeit. Ich möchte dass 2009 ein gutes Jahr für die Sozialdemokratie in Europa, in Deutschland, in NRW und in Remscheid wird. Lasst uns also gemeinsam dafür kämpfen, dass wir eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament und im Rat der Stadt Remscheid bekommen, dass Beate Wilding erneut zur Oberbürgermeisterin gewählt wird und das Frank-Walter Steinmeier im September Bundeskanzler wird. Im Mai nächsten Jahres legen wir dann noch mal nach und sorgen dafür, dass Hannelore Kraft die neue Ministerpräsidentin in NRW wird.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit!

(Es gilt das gesprochene Wort)